



Liebe Freunde,

die Kulturrevolutionskoalition von SPD, Grünen und FDP hat die Bundestagswahl gewonnen. Sie nennt sich selbst im Koalitionsvertrag „Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“. Dass diese drei Parteien einen Umbau unserer Gesellschaft vorhaben, lässt sich gut an diesem Vertrag ablesen.

Die Wahl von Olaf Scholz zum Bundeskanzler, die immer mit dem 6. Dezember in Verbindung gebracht wurde, hat für mich so gar nichts mit dem Hl. Nikolaus zu tun. Die geplante Streichung des § 219a StGB ist auch wahrlich kein Geschenk für Kinder. Ich denke bei Olaf Scholz immer gleich an seinen Ausspruch: **„Wir wollen die Lufthoheit über die Kinderbetten bekommen.“** Und dieser Plan wird schon seit Jahren im Familienministerium umgesetzt, egal welche Familienministerin wir hatten. Die Grünen werden mit **Anne Spiegel** das Ministerium ganz in diesem Sinne weiterführen. Dass sie kein Fan vom § 219a ist, daraus hat sie keinen Hehl gemacht. **Die neue Familienministerin hat sich als ausgewiesene Feministin bezeichnet**, die z. B. 2017 auf einer Festveranstaltung in Mainz „pro familia“ ihre weitere Unterstützung als Familienministerin von Rheinland Pfalz zugesichert und versprochen hat, „das Rad nicht mehr zurückzudrehen“ (profa mainz aktuell 3+4/2017). Es wundert nicht, dass Kristina Hänel, die durch ihre Verstöße gegen den § 219a StGB mehrfach von Gerichten verurteilt wurde, ihre Freude über die neue Regierung nicht zurückhalten kann. Die Formulierung eines weiteren Vorhabens der Koalition lässt schon erkennen, was Geistes Kind die Ziele der Koalitionäre sind: „Sogenannten Gehsteigbelästigungen von Abtreibungsgegnerinnen und Abtreibungsgegnern setzen wir wirksame gesetzliche Maßnahmen entgegen.“ Was allgemein als „Gehsteigberatung“ bekannt ist, wird in diesem Vertrag als „Gehsteigbelästigung“ bezeichnet. **Gebet und Beratung wird also zur „Belästigung“.**

Für mich liegt generell kein Segen auf einer Regierung, wo der Stärkere dem Schwächeren die Schutzmechanismen entfernt und das als Befreiung und weiterer Schritt zur Gleichberechtigung feiert. Im Koalitionsvertrag steht wörtlich: „Wir stärken das Selbstbestimmungsrecht von Frauen.“ Daraufhin folgen Maßnahmen, mit denen man Abtreibungen erleichtern bzw. sicherstellen will. Das ungeborene Kind als große Bedrohung der Frau? **Die wahre Selbstbestimmung erreicht die Frau nur durch die Möglichkeit, ihr ungeborenes Kind töten zu lassen?** Welch große Perversion der natur- oder besser gesagt gottgegebenen Fähigkeit der Frau.

Wir feiern an Weihnachten die Geburt Jesu. Gott macht sich klein und wird Mensch. Er wird geboren aus einer Frau, wie jeder andere Mensch auch. Während ich den Passus des Koalitionsvertrages über „Reproduktive Gesundheit“ las, der mit den oben genannten Vorhaben beginnt, klang mir, gerade in der Vorbereitung auf Weihnachten, ein Satz in den Ohren, den wir immer wieder insbesondere beim „Marsch für das Leben“ zu hören bekommen: „Hätt Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben.“

CDU auf dem Weg der Erneuerung

Die Kulturrevolutionskoalition hat die Bundestagswahl gewonnen und die CDU eine krachende Niederlage eingefahren.

Doch – in jedem Scheitern liegt die Chance für einen neuen Anfang. In diesen Tagen und den kommenden Monaten will sich die CDU auf den Weg der Erneuerung machen. Wir werden alles versuchen, um die Themen des Lebensrechtes in der CDU neu zu verankern. Bitte helfen Sie uns dabei und machen Sie bei der Mitgliederbefragung mit.

Zum Beginn des Advents hat vielleicht der ein oder andere von Ihnen das alte Kirchenlied gesungen: „Wachet auf, ruft uns die Stimme, der Wächter sehr hoch auf der Zinne ...“ Ich glaube, dieser Weckruf ist in heutiger Zeit nötiger denn je.

Lassen Sie uns das bevorstehende Jahr 2022 als „Weckruf“ nutzen für eine Bündelung aller Kräfte, die das Lebensrecht aller Menschen schützen möchten, gerade auch der ungeborenen, schwachen, kranken, alten und behinderten Menschen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine gnadenreiche Weihnachtszeit und alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen für das Jahr 2022!

Mit herzlichen Grüßen

Ihre

Odila Carbanje
Stellv. Bundesvorsitzende

CDL kritisiert künftigen Justizminister der Ampel-Koalition: Werbeverbot für Abtreibungen muss bleiben

Der designierte Bundesjustizminister der Ampel-Koalition, Marco Buschmann (FDP), fordert die schnelle Streichung des im § 219a Strafgesetzbuch (StGB) geregelten Werbeverbots für Abtreibungen. Kommentar von der Bundesvorsitzenden Susanne Wenzel:

Noch nicht einmal im Amt, bezieht der künftige Bundesminister der Justiz direkt Stellung zum Werbeverbot für Abtreibungen und kündigt dem Koalitionsvertrag entsprechend die Abschaffung an.



Justizminister Marco Buschmann, FDP

Unerwartet ist das nicht, forderte die FDP gemeinsam mit dem links-grünen Parteienspektrum doch die ersatzlose Streichung des Werbeverbotes schon in der letzten Legislaturperiode im Bun-

destag. Wenige Tage vor der Bundestagswahl gab es sogar noch eine Initiative mehrerer Bundesländer im Bundesrat, das Werbeverbot zu kippen.

Gleichzeitig hat die künftige Regierung in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt, die Gehsteigberatungen – dort als „Gehsteigbelästigung“ diffamiert – gesetzlich zu verbieten.

Die neue Regierung schickt sich also noch vor Amtsantritt an festzulegen, welche Informationen Frauen im Schwangerschaftskonflikt künftig erhalten dürfen. Ärzte wie Frau Dr. Hänel können in ihren Werbebroschüren, die sie dann demnächst verteilen dürfen, ohne Weiteres falsche Informationen über die Entfernung von „Schwangerschaftsgewebe“ oder „Gebärmutterinhalt“ veröffentlichen. Aber Lebensrechtler dürfen Frauen vor den Abtreibungspraxen oder -kliniken nicht mehr über Nothilfen und andere Hilfsangebote informieren, die ihnen einen Ausweg mit dem Kind aus ihrer Situation bieten können. Die Streichung des Werbeverbotes ist ein Angriff auf die Informationsfreiheit und die Selbstbestimmung der Frau.

Das Werbeverbot trägt dazu bei, dass Abtreibung nicht zu einer völlig „normalen“ gesundheitlichen Versorgung umdefiniert wird. Das Werbeverbot schützt Frauen vor falschen Informationen und es verhindert die Verharmlosung der Abtreibung, vor allem der Do-it-yourself-Methode mittels Abtreibungspille, die unter dem Deckmantel der Corona-Maßnahmen von den Abtreibungsbefürwortern forciert wird.

Für die CDL ist die Konsequenz klar: Das Werbeverbot für Abtreibungen muss bleiben!

Kommende Landtagswahlen werden zur Gewissensentscheidung

Die neuen Regierungsparteien betonen fortwährend, dass gerade sie für eine an den Menschenrechten orientierte Politik stehen. Das Recht auf Leben aber gehört ganz offensichtlich für SPD, Grüne und FDP nicht dazu. Die letzte Gesetzesänderung des § 219a StGB, die einen hart erkämpften Kompromiss darstellte, ist gerade mal gut 20 Monate her, der Beschluss des Bundesrates erst ein paar Wochen. Nun will man fast als erste Amtshandlung eine erneute Gesetzesänderung auf den Weg bringen, die die Tötung ungeborener Kinder zur normalen Dienstleistung von Ärzten werden lässt. Damit hat die Regierungskoalition eindeutig klargemacht, welche Schwerpunkte sie setzt. Bei den kommenden Landtagswahlen im nächsten Jahr müssen wir zusehen, dass die CDU wenigstens im Bundesrat eine Mehrheit bekommt, die solche Vorstöße gegen das Lebensrecht erneut verhindern kann. Diese Wahlen werden mehr denn je eine Gewissensentscheidung, die über das Lebensrecht aller Menschen entscheidet.

Hubert Hüppe wieder im Deutschen Bundestag

Trotz des desaströsen Abschneidens der CDU bei der Bundestagswahl gibt es neben dem großen Schatten auch Licht. Wir gratulieren unserem Stellv. Bundesvorsitzenden der CDL, Hubert Hüppe, ganz herzlich zu seinem Wiedereinzug in den Bundestag.



Hubert Hüppe, CDU

Hüppe hatte sich schon u. a. als ehemaliger Behindertenbeauftragter in besonderer Weise für das Lebensrecht eingesetzt und sich als Garant für eine Politik gezeigt, die sich am christlichen Menschenbild orientiert. Die CDL wünscht ihrem Stellv. Bundesvorsitzenden alles Gute und immer eine glückliche Hand.

Reproduktion: Eizellenspende erhöht Gesundheitsrisiken für Mütter und Kinder

Unter Berücksichtigung, dass der Koalitionsentwurf von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vorsieht, die Eizellenspende in Deutschland zu legalisieren, ist folgender Beitrag vom IMABE – Institut für Medizinische Anthropologie und Bioethik –, erschienen am 5. November 2021, besonders beachtenswert.

Debatte über Legalisierung der Eizellenspende blendet gesundheitliche Bürde für Frauen und Kinder aus.

Frauen, die nach Eizellenspende im Rahmen einer In-vitro-Fertilisation (IVF) schwanger werden, müssen mit hohen Komplikationsraten rechnen. Auch für Ungeborene entstehen im Zuge einer Eizellspenden-Schwangerschaft erhebliche gesundheitliche Risiken. Das zeigt eine aktuelle, von drei deutschen Geburtskliniken im Archives of Gynecology and Obstetrics (4 Oct 2021, DOI: 10.1007/s00404-021-06264-8) publizierte Studie. Vor allem ein gefährlicher Bluthochdruck in der Schwangerschaft, der hohe Anteil von Frühgeburten, die auf eine intensivmedizinische Betreuung angewiesen sind, sowie eine Vielzahl an Not-Kaiserschnitten bereitet den Studienautoren Sorge. Außerdem litten die Schwangeren signifikant häufiger an peripartalen Blutungen. Auffallend: Im Zuge der IVF kam es auch zu Abtreibungen wegen kindlicher Fehlbildungen oder zum Fetozid bei Mehrlingsschwangerschaften.

Über eine Legalisierung der Eizellenspende wird in Deutschland derzeit debattiert, sie ist – ebenso wie in der Schweiz – noch verboten. Derzeit fahren Frauen daher ins Ausland – laut Studie meist nach Spanien oder Tschechien –, um eine IVF mit der Eizelle einer anderen Frau durchführen zu lassen. Die Eizell-Lieferantinnen wiederum stammen zu 93 Prozent aus Russland, Georgien sowie weiteren Ländern des Kaukasus, sie waren im Schnitt 26 Jahre alt.

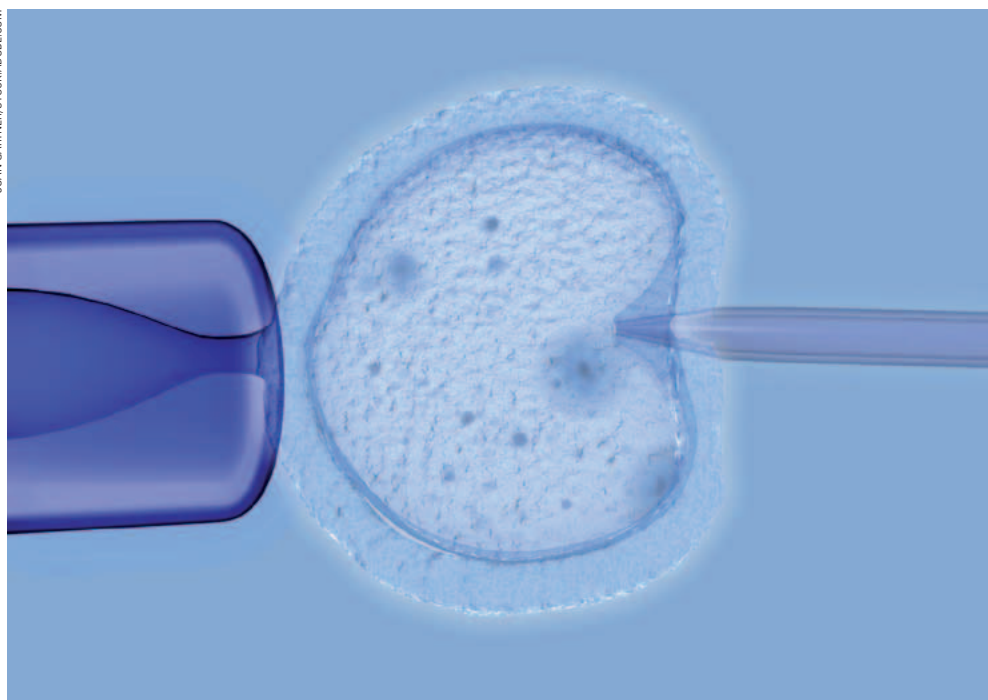
Mit den Folgen der Risiken einer Eizellenspenden-Schwangerschaft sind die deutschen Geburtskliniken konfrontiert. Erstmals wurden dazu nun Daten in Deutschland erhoben. Das Team um die Gynäkologin Judith Altmann von der Berliner Charité wertete 115 Schwangerschaften nach Eizellspenden (62 Einlings-, 44 Zwillings-, 7 Drilling- und 2 Vierlingsschwangerschaften) mit insgesamt 179 Ungeborenen aus. In 56 Prozent der Fälle waren den Frauen zwei Embryonen implantiert worden.

Das Ergebnis: **Extrem hoch war der Anteil der Frühgeburten.** Bei 34 Prozent der Einkindschwangerschaften kamen die Kinder als Frühchen zur Welt, bei Zwillingen lag der Anteil der Frühgeburten bei 63,4 Prozent und 88,9 Prozent bei den höhergradigen Mehrlingsschwangerschaften. Fünf der sehr früh geborenen Kinder starben nach der Geburt. Frühgeburtlichkeit ist mit signifikanten Gesundheitsrisiken für das spätere Leben assoziiert (vgl. Dtsch Arztebl Int 2012; 109(43): 721-6; DOI: 10.3238/arztebl.2012.0721).

Auffallend hoch waren auch die Fälle eines schwangerschaftsinduzierten Bluthochdrucks bei den Empfängerin-

nen: In 10–30 Prozent der Fälle trat eine Präeklampsie auf, die wiederum zu Frühgeburten per Not-Kaiserschnitt führte. Auf schwere gesundheitliche Komplikationen bei Schwangeren nach Eizellenspende, die zu Einlieferungen auf die Intensivstation, hohem Blutverlust und ungeplanter Gebärmutterentfernung führten, hatten Ärzte bereits hingewiesen (vgl. Bioethik aktuell 15.4.2019, Bioethik aktuell 9.4.2018).

Bei 3,2 Prozent der Einkindschwangerschaften starb das Ungeborene noch während der Schwangerschaft, bei Zwillingen



Nicht ohne Risiko: Künstliche Befruchtung einer gespendeten Eizelle

waren es 9 Prozent, bei Mehrlingen betrug die Rate der Todesfälle 11,1 Prozent. Insgesamt war die Rate der verstorbenen Ungeborenen aber noch höher, weil 44 Prozent der Paare bei Drillingen und Vierlingen selektiv die Feten abtreiben ließen, um die Komplikationsrate zu verringern; 4,5 Prozent ließen Fetozide bei Zwillingen wegen Fehlbildungen vornehmen, berichtet das Deutsche Ärzteblatt (Dtsch Arztebl 2021; 118(41): A-1878 / B-1550). In der Debatte um die Legalisierung der Eizellenspende wird häufig als Argument genannt, dadurch vor allem Frauen mit Krebserkrankungen die Chance auf eine eigene Schwangerschaft zu ermöglichen. Die Daten zeigen allerdings ein anderes Bild: Hauptgrund für eine IVF mit Eizellenspende ist die biologische Uhr: In 68 Prozent waren die Frauen zwischen 40 und 50 Jahre alt, in 50 Prozent der Fälle noch kinderlos. Der Anteil der Frauen, die zuvor eine Krebserkrankung hatten, lag nur bei 3 Prozent.

Eizellenspenden-Schwangerschaften verlaufen ausgesprochen risikoreich. Angesichts des aggressiven Marktes von Kliniken, die



Oft Grund zur Sorge: Schwangerschaften nach Eizellspende

Eizellenspenden als quasi normales Angebot vermitteln, brauche es Transparenz und valide wissenschaftliche Daten. „Man kann die Faktenlage nicht länger ignorieren: Verfahren der künstlichen

Befruchtung, insbesondere Eizellenspenden, sind keineswegs harmlos – weder für die Gesundheit der Mutter noch des Kindes“, kommentiert IMABE-Geschäftsführerin Susanne Kummer die Studie.

Auch in Österreich wurden 50 Prozent der IVF mit Eizellspende bei Frauen über 40 Jahre durchgeführt. Wie hoch die Geburtenrate war, erfährt man allerdings nicht, kritisiert die Ethikerin und nennt dabei die aktuelle vom GÖG veröffentlichte IVF-Statistik 2020 (September 2021). Dort werden beispielsweise für das Jahr 2020 165 Geburten als „Spender“-Schwangerschaften angeführt – egal, ob es sich um eine Eizellenspende oder um eine Samenspende handelt. „Das widerspricht gänzlich dem wissenschaftlichen Standard: **Es macht einen wesentlichen Unterschied, ob eine Frau eine genetisch fremde Eizelle implantiert bekommt.** Die Samenzelle hingegen ist biologisch ja immer fremd. Das wird unter den statistischen Tisch gekehrt.“ Laut IVF-Statistik sind derzeit 44.644 Embryonen in Österreich tiefgefroren.

Quelle: <https://www.imabe.org/bioethikaktuell/einzelansicht/ivf-eizellenspende-erhoeht-gesundheitsrisiken-fuer-muetter-und-kinder>

Fehlende Sorge um Schwerstkranken und Sterbende

Der Deutsche Hospiz- und PalliativVerband (DHPV) übt scharfe Kritik am Koalitionsvertrag von SPD, FDP und Bündnis/Die Grünen

„Mit dem jetzt vorliegenden Koalitionsvertrag versprechen die Regierungsparteien Fortschritt, Freiheit und Gerechtigkeit. Und vergessen dabei die hochaltrigen, schwerstkranken und sterbenden Menschen in unserer Gesellschaft“, kritisierte der Deutsche Hospiz- und PalliativVerband (DHPV) und bemängelt weiter, dass Hospizarbeit und Palliativversorgung mit keinem Wort Erwähnung finden. „Das lässt zum einen befürchten, dass die Verantwortlichen hier keinen Handlungsbedarf sehen, zum anderen zeigt es leider auch die mangelnde Wertschätzung gegenüber Schwerstkranken und Sterbenden“, erklärte Prof. Winfried Hardinghaus, Vorsitzender des DHPV, in einer Pressemitteilung am 26. November 2021: Hardinghaus weist unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung, der Versorgung alter und pflegebedürftiger Menschen und der Versorgung am Lebensende auf die kritische Situation der Palliativversorgung in den Pflegeheimen oder auch auf den Allgemeinstationen der Krankenhäuser hin. Hier sieht er dringenden Handlungsbedarf.

Als großes Problem sieht der Vorsitzende des DHPV auch die Passage des Koalitionsvertrages zum assistierten Suizid, der dort für Hardinghaus als normale oder gar idealisierte Lösungsstrategie dargestellt werde. Er fordert stattdessen durch ein eigenes umfassendes Suizidpräventionsgesetz eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung, um Suizidprävention durch Information, Beratung und therapeutische Hilfen zu erweitern. „Bedarfsgerechte und überall zugängliche Angebote hospizlicher Begleitung und palliativer Versorgung sind für eine gelingende Suizidprävention unerlässlich und müssen hier mitgedacht werden“, so Hardinghaus.

Der Deutsche Hospiz- und PalliativVerband e.V. ist seit 1992 die bundesweite Interessenvertretung der Hospizbewegung sowie zahlreicher Hospiz- und Palliativeinrichtungen in Deutschland. Als Dachverband der Landesverbände in den 16 Bundesländern



Respektvoller Umgang statt Suizid als Lösungsstrategie

sowie weiterer überregionaler Organisationen der Hospiz- und Palliativarbeit und als selbstverständlicher Partner im Gesundheitswesen und in der Politik steht er für über 1.280 Hospiz- und Palliativdienste und -einrichtungen, in denen sich mehr als 120.000 Menschen ehrenamtlich, bürgerschaftlich und hauptamtlich engagieren.

Jetzt erst recht!

Bericht der Jungen CDL vom Pro Life Congress in Berlin und dem Excellence-and-Leadership-Seminar in Bonn

Auch für die Junge CDL waren die letzten Monate natürlich ganz von der Bundestagswahl und ihrem Ausgang geprägt. Nach einem anstrengenden und langen Wahlkampf, in den auch wir uns nach Kräften eingebracht haben, sind wir natürlich nicht zufrieden mit dem Ergebnis. Darüber dürfen wir aber nicht vergessen, dass in den letzten Monaten im Lebensrechtsbereich viel passiert ist und wir auch einige Erfolge zu feiern haben. Als zwei besondere Highlights sind hier natürlich unser Pro Life Congress in Berlin und das Excellence-and-Leadership-Seminar in Bonn zu nennen.

Der **Pro Life Congress** fand vom 17. bis 19. September als Rahmenprogramm rund um den „Marsch für das Leben“ in Berlin statt. Veranstaltet wurde der Kongress von der Jugend für das Leben (JfdL) und uns Jungen Christdemokraten für das Leben.

Der Kongress, zu dem viele Jungen Menschen aus ganz Deutschland zusammengekommen waren, ging schon am Freitagabend vor dem Marsch los. In gemütlicher Runde hatten die Teilnehmer Zeit, sich gegenseitig kennenzulernen. Am Samstag



Präsenz zeigen beim »Marsch für das Leben« in Berlin

ging es dann mit spannenden Workshops weiter, bei denen die Teilnehmer unter anderem lernen konnten, wie aktives kommunalpolitisches Engagement für den Lebensschutz gelingen kann. Höhepunkt des Kongresses war natürlich der „Marsch für das Leben“, zu dem wieder Tausende von Menschen zusammengekommen waren, um gemeinsam für das Leben auf die Straße zu gehen. Für uns alle war der „Marsch für das Leben“, der sich uns noch jünger und bunter als in den Vorjahren zeigte, wieder ein wichtiges und mutmachendes Zeichen. Am Abend hatten wir dann noch die Gelegenheit, das bewegende Zeugnis einer jungen Frau zu hören, die sich trotz einer sehr schwierigen Lebenssituation gegen eine Abtreibung entschieden hatte. Anschließend ließen wir den Abend gemütlich mit kühlen Getränken am Lagerfeuer ausklingen. Die Zusammenarbeit mit der Jugend für das Leben hat uns sehr viel Freude gemacht und wir freuen uns schon auf den nächsten Pro Life Congress im kommenden Jahr.

Das zweite Highlight war schließlich das **Excellence-and-Leadership-Seminar**, das wir zusammen mit dem Online-Magazin f1rstlife am 12. November in Bonn organisiert haben. Unter dem Titel „Wertvoll? Und wenn ja, wie viel?“ hatten die etwa

20 Teilnehmer die Gelegenheit, sich einen halben Tag lang mit der Frage zu beschäftigen, was den Wert unseres Lebens ausmacht. Unsere drei Referenten brachten dabei mit ihren Impulsen ganz verschiedene Perspektiven zu dieser Frage in die Diskussion ein.

Den Anfang machte **Dr. Michael Kiworr**, der uns als praktizierender Gynäkologe eine Übersicht über die aktuellen bioethischen Entwicklungen im Bereich der Medizin gab. Als zweiten Referenten hatten wir den Musiker, CSU-Politiker und Inklusionsaktivisten **Benedikt Lika** zu Gast. **Benedikt Lika**, der die Glasknochenkrank-



Reger Andrang beim Pro Life Congress in Berlin

heit hat und im Rollstuhl sitzt, zeigte uns in seinem bewegenden Zeugnis, was für ihn den Wert des Lebens ausmacht und wie seine Behinderung ihn nicht davon abhält, ein erfülltes Leben zu führen. Den Abschluss machte schließlich der Schauspieler **Samuel Koch**, der seit seinem Unfall bei „Wetten dass ...?“ vom Hals abwärts gelähmt ist. In seinem berührenden Impuls erklärte er uns, wie er mit seinem schweren Schicksalsschlag umgeht und worin er den Wert des Lebens sieht.

Als Junge CDL gucken wir also gleichzeitig auf herausfordernde und erfolgreiche Monate zurück. Für uns ist es jetzt aber vor allem



Großer Andrang vor der Bühne mit Schlusskundgebung

wichtig, nach vorne zu gucken. Es warten in den nächsten Monaten und Jahren wichtige Debatten auf uns, die wir nicht nur als Gefahr, sondern vor allem als Chance wahrnehmen sollten. Das bedeutet: Ärmel hochkrempeln und jetzt erst recht alles geben!

CDL-Bayern freut sich über starkes Team, viele neue Mitglieder und die rege Beteiligung bei der digitalen Mitgliederversammlung am 27.11.2021

„Es hat alles bestens geklappt“, so freute sich die alte und am selben Abend mit 100 Prozent Zustimmung **wiedergewählte Landesvorsitzende der CDL in Bayern, Christiane Lambrecht**. Das **Social-Media-Team um Dr. Sina Fackler und Wolfgang Rudolph** hatte die digitale Mitgliederversammlung vorbereitet, die Wahlen konnten anonym online stattfinden.

In ihrem Rechenschaftsbericht freute sich Christiane Lambrecht, dass sich in den vergangenen beiden Jahren die Mitgliederzahl um 10 Prozent erhöhte. Immer mehr junge Menschen möchten sich für das Recht auf Leben für alle Menschen engagieren. Wegen der Einschränkungen durch die Corona-Maßnahmen konnten einige geplante Veranstaltungen sowie ein Wochenendseminar mit der

Hanns-Seidel-Stiftung nicht stattfinden. Umso erfolgreicher war der **Aufbau der Social-Media-Aktivitäten, eine neue Website der CDL Bayern, ein neu gestalteter Flyer mit Mitgliedsantrag sowie ein Online-Seminar aus der Reihe „Zukunftswerkstatt Bioethik“ mit Prof. Christoph v. Ritter** in Kooperation mit mehreren Studentinnen und Studenten des RCDS Bayreuth, von denen Wolfgang Ficht heute neu in den Vorstand gewählt wurde.

Weitere Wahlergebnisse (jeweils einstimmig): **Stellvertretende Vorstände sind Dr. Sina Fackler, Bernd Kreuels sowie Dr. Michael Winkler**. Besonders erfreulich ist auch, dass auch alle weiteren Vorstände wieder

antraten und einstimmig gewählt wurden: **Dr. Michael Rumberger (Schatzmeister), Claudia Winkelbauer (Schriftführerin), Alex Dorow, Antonia Egger, Dr. Christina Agerer, Wolfgang Rudolph, Andreas Späth und Wolfgang Ficht**.

Die Zukunft kann nur pro life sein

Der Fokus für die nächsten zwei Jahre wird im Januar 2022 in einem Strategietreffen im Detail geplant. Christiane Lambrecht ist klar, „dass die CDL Bayern einen lautstarken und einfallsreichen Kontrapunkt zum Koalitionsvertrag setzen wird. Denn Art. 2 Abs. 2 unseres Grundgesetzes, das ‚Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit‘, gilt doch wohl für uns alle, egal ob wir gerade mit wenigen Zellen, ob alt, behindert oder noch im Mutterleib auf dieser Welt unterwegs sind! Jeder, der in einer der Lebensschutzbewegungen des BVL Mitglied ist, sehr gerne auch bei den Christdemokraten für das Leben, trägt zu der dringend benötigten ‚Pro-Life-Bewusstseinsbildung‘ bei. Die Zukunft kann nur pro life sein! Mit unserem starken Team und den vielen Engagierten wollen wir uns noch stärker einsetzen für eine Kultur des Lebens!“



Dr. Michael Winkler, Christiane Lambrecht, Bernd Kreuels, Dr. Sina Fackler (v.l.n.r.)

Zu Beginn setzte **Pfarrer Johannes Oberbauer** aus München einen bewegenden Impuls der Zuversicht. Wir müssten unsere Aufgabe als Lebensrechtler nicht allein stemmen, denn Gott lebe in uns. Im Advent werde uns bewusst: „Alles sollen wir im gegenwärtigen Licht tun, im Licht der Zukunft!“

Quo vadis Lebensschutz

Die **CDL-Bundesvorsitzende Susanne Wenzel** hielt zu „Quo vadis Lebensschutz in Deutschland“ einen Vortrag. Sie bezeichnete den Koalitionsvertrag als „Horrorroman“, die Ampel als „Dreiecksbündnis der Kultur des Todes“ und reproduktive Gesundheit als Codewort für eine Bagatellisierung vorgeburtlicher Kindstötungen sowie eine umfängliche Aufgabe des Schutzes von Embryonen. Immerhin habe die CSU-Landesgruppe 2019 ein klares Bekenntnis zum Lebensschutz gegeben, hätten Alexander Dobrindt und letzte Woche der Landtagsabgeordnete der CSU Johannes Hintersberger den lebensfeindlichen Koalitionsvertrag kritisiert. Anschließend an das Referat entstand eine lebhaft Diskussion, in die sich die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Fragen, Statements und Ideen einbrachten.

Bitte machen Sie mit!

Die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Leopoldina habenlässlich des 30-jährigen Bestehens des Embryonenschutzgesetzes eine Online-Befragung unter dem Titel „Fortpflanzungsmedizin diskutieren“ gestartet. Man kann zu folgenden fünf Fragen seine Meinung mitteilen:

- 1.: In welchem Rahmen ist eine Auswahl von Embryonen zur Vermeidung von riskanten Mehrlingsschwangerschaften vertretbar?
- 2.: Sollte die Eizellspende in Deutschland zugelassen werden?
- 3.: Sollte künstliche Befruchtung bei ungewollter Kinderlosigkeit ganz von der Krankenkasse bezahlt werden?
4. Brauchen wir einen kritischen Blick auf die Fortpflanzungsmedizin?
- 5.: Was macht eine kinderfreundliche Gesellschaft aus?

Die Einführung in die Befragung wird mit folgendem Text begonnen: „Benötigt die Fortpflanzungsmedizin eine zeitgemäße Gesetzgebung? Die Fortpflanzungsmedizin entwickelt sich ständig weiter. Unser Umgang mit ihr auch?“ Danach wird man zum Mitdiskutieren aufgefordert.

Dieser Einleitungstext und die darauffolgenden Fragen suggerieren, dass unser sehr gutes Embryonenschutzgesetz einer Anpassung bedarf. Ethische Richtlinien müssen nicht schlecht sein, nur weil sie schon ein gewisses Alter erreicht haben. Ethik bedeutet auch nicht, dass sie dem medizinischen Fortschritt angepasst werden muss; vielmehr muss sich der medizinische Fortschritt an der Ethik messen lassen. Für uns ist und war immer das christliche Menschenbild unser Kompass.

Bitte nehmen Sie sich die Zeit und kommentieren Sie die ein oder andere Frage der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Leopoldina. Sie finden den Komplex unter folgender Internetadresse:

<https://www.fortpflanzungsmedizin-diskutieren.de/>

Neue Abtreibungsregelung in Texas

Im US-Bundesstaat Texas ist zum 1. September 2021 ein restriktives Abtreibungsgesetz in Kraft getreten. Das Gesetz, das bereits im Mai vom republikanischen Gouverneur Greg Abbott unterzeichnet wurde, verbietet Abtreibungen mit Beginn des Herzschlages des ungeborenen Kindes, etwa bereits ab der sechsten Schwangerschaftswoche. Ausnahmen gibt es nur in speziellen medizinischen Notfällen.



Texas State Building in Austin

PHOTOGRAPHED BY BENAREK/STOCK.ADOBE.COM

Gedenken an Johanna Gräfin von Westphalen

In diesem Jahr denkt die CDL besonders an ihre langjährige Gründungsvorsitzende, Johanna Gräfin von Westphalen, die im Januar vor fünf Jahren verstorben ist und im September 85 Jahre alt geworden wäre. Wir sind Gräfin von Westphalen zu ewigem Dank verpflichtet. Ihr klares, großzügiges, unbeugsames und rastloses Engagement wird uns immer ein Vorbild bleiben.



Landesvorstand von NRW

Gewählt am 28. August in Düsseldorf

Vorsitzende: Odila Carbanje
 Stellvertreter: Cordula Mohr, Bertwin Kühlmann, Udo-Wolfgang Wenzel
 Schriftführerin: Gertrud Geißelbrecht

Beisitzer: Hildegard Bosch, Leonardo Cicco, Dr. Alexander Giannakis, Oda von Jagwitz, Michael Lennartz, Sabine Lennartz, Christa Ley, Rainer Stackmann, Susanne R. Wenzel

Ein besonderer Dank geht an die langjährigen Vorstandsmitglieder Margareta Knoke und Ortrud Stellmann, die nicht mehr kandidiert haben. Sie haben über Jahrzehnte die Lebensrechtsarbeit auf Landesebene, insbesondere in Ostwestfalen, geprägt.

EU-Parlament fordert Aufhebung des De-facto-Abtreibungsverbots in Polen

Ein Jahr nach dem Urteil des polnischen Verfassungsgerichts im Oktober 2020 fordern die Abgeordneten des EU-Parlaments in einer Entschließung vom 11. November 2021 die polnische Regierung auf, das „De-facto-Abtreibungsverbot“ aufzuheben, das das Leben von Frauen gefährdet. Wie es in der Pressemitteilung des EU-Parlaments heißt, fordern die Abgeordneten die Regierung auf, „den Zugang zu sicheren, legalen und kostenlosen Abtreibungsdiensten für alle Frauen schnell und umfassend zu gewährleisten“. Die Entschließung wurde mit 373 Ja-Stimmen bei 124 Gegenstimmen und 55 Enthaltungen angenommen.

TERMINE



KATI MOJUN/STOCK.ADOBE.COM

30. April bis 7. Mai 2022

Woche für das Leben

30. April 2022

BVL-Fachtagung zur Woche für das Leben

17. September 2022

„Marsch für das Leben“ in Berlin

21. bis 23. Oktober 2022

Kongress Leben.Würde

5. November 2022

CDL-Bundesmitgliederversammlung

Beratung und Hilfe für Schwangere

0800 - 36 999 63 · www.vita-l.de

vitaL
Es gibt Alternativen

IMPRESSUM



Christdemokraten
für das Leben e.V.
Kantstr. 18
48356 Nordwalde
Telefon: 0 25 73 / 97 99 391
Telefax: 0 25 73 / 97 99 392
E-Mail: info@cdl-online.de
Internet: www.cdl-online.de

Redaktion: Susanne Wenzel, Odila Carbanje

Satz + Gestaltung: Daniel Rennen, www.dare.de
Titelmotiv Kopfzeile: NiDerLander, Fotolia.com

BUCHTIPP

„Der Verrat am C“

Eugen Abler, langjähriges CDL-Mitglied und bekannt für seine guten Reden zum Lebensrecht auf den CDU-Bundesparteitagen der letzten Jahre, ist im August 2020 nach 43 Jahren Mitgliedschaft aus der CDU ausgetreten. Unter der Bundesvorsitzenden Angela Merkel sei die CDU immer weiter nach links geführt worden, das „C“ quasi ausgelöscht, so Abler.

In einem Buch beschreibt er nun die dramatischen Veränderungen der letzten Jahre in der CDU und geht auf die wichtigen Themen wie die Umsetzung der Genderideologie, die „Ehe für Alle“ und die Frühsexualisierung der Kinder sowie besonders die spürbare Abkehr vom Lebensschutz ein.

Vielleicht ist dies gerade vor der Neuausrichtung der CDU eine aufschlussreiche Lektüre.



Eugen Abler: **Der Verrat am C**. Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried. 18,90 Euro.

OMNIS/STOCK.ADOBE.COM



Bitte spenden Sie für das Leben!

Der Schutz des menschlichen Lebens zählt zu den vordringlichen Aufgaben in dieser Gesellschaft.

Unterstützen Sie die weitere Arbeit der CDL mit Ihrer Spende! Unser Spendenkonto:

IBAN: DE53 4645 1012 0000 0025 84
Sparkasse Meschede · BIC: WELADED1MES

Wir erhalten keinerlei öffentliche oder parteiliche Förderung. Jede Zuwendung an die CDL ist steuerlich begünstigt! Sie erhalten eine Spendenbescheinigung.